

Absender:
Der Elternrat der Pablo-Neruda-Grundschule

Vorsitzender: Jonas Lange, Agricolastr. 73, 09112 Chemnitz

An: siehe Verteiler

Chemnitz, 10. Mai 2004
Verteiler: OB Dr. Peter Seifert,
Stadtratsfraktionen,
RSA, SVA, KER-C
Presse
SMK

Betreff: Fragen und Richtigstellungen zu Antwortschreiben an Eltern der Schule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

einige Eltern haben uns Ihre Antwort auf die besorgten Elternbriefe an Sie und die Stadträte bezüglich des dauerhaften Bestandes der Pablo-Neruda-Grundschule zugeleitet.

Wir haben diesen Text gründlich gelesen und sind zu dem Schluß gekommen, daß es offensichtlich in verschiedenen Punkten grundlegende Mißverständnisse auf Seiten Ihres Amtes bzw. im Stadtrat gibt. Deswegen wenden wir uns an Sie, um die enthaltenen Fehler aufzuzeigen und richtigzustellen.

Management Summary:

- Der erweckte Eindruck, daß eine Schließung der Mittelschule Altendorf unumgänglich ist, entbehrt der Grundlage.
- Die Aussage, daß durch eine irgendwann vielleicht mögliche Zusammenlegung von GS Altendorf und Pablo-Neruda-GS das öffentliche Bedürfnis für den Erhalt der Pablo-Neruda-GS nicht mehr vorhanden ist, ist falsch.
- Eine Abwanderung von Mittelschülern aus dem Stadtteil Kaßberg in das Umland von Chemnitz ist nicht zu befürchten und kann daher nicht als Argument gegen den Erhalt der MS Altendorf dienen.
- Das Anschreiben an die Eltern verschweigt, daß es mehr als eine Lösungsvariante zur Umsetzung der Forderungen des Kultusministeriums gibt. Es gibt Varianten, mit denen sowohl MS Altendorf als auch die Neruda-GS erhalten werden.
- Das Staatsministerium für Kultus fordert nicht, wie behauptet, eine generelle Trennung von Grund- und Mittelschulen.
- Die Elternvertretungen wurden nur informiert, aber nicht in den Entscheidungsprozeß eingebunden. Ihre Ansichten wurden entstellt verbreitet.
- Die gewählte Alternative führt zu einer nicht vertretbaren Mittelschulsituation auf dem Kaßberg und ist daher abzulehnen.
- Es muß schnellstens zusammen mit den Elternvertretern eine tragbare Lösung gefunden werden.
- Man muß davon ausgehen, daß das Chemnitzer Bürgerbegehren „Stoppt Schulschließungen!“ entsprechend der Gerichtsurteile zum Bürgerbegehren in Leipzig und zum Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ rechtens war.
- Ein Bürgerbegehren kann jederzeit von neuem gestartet werden.
- Müssen die Eltern regelmäßig alle zwei Jahre ein neues Bürgerbegehren durchführen?
- Müssen die Eltern ihre Rechte einzeln einklagen?

In Ihrem Schreiben führen Sie aus, daß das Staatsministerium für Kultus im Bestätigungsbescheid zur Chemnitzer Schulnetzplanung darauf hingewiesen hat, daß im Bereiche der Mittelschulen im Westteil der Stadt – man hat hier im Übrigen die räumliche Aufteilung des KER-C übernommen – eine weitere Mittelschule geschlossen werden kann. Wir gehen davon aus, daß der Unterschied zwischen „kann“ und „muß“ hier nicht eigens erörtert werden muß. Es wird weiter ausgeführt, daß im Hinblick auf die mögliche Abwanderung ins Umfeld der Stadt Chemnitz dadurch eine Überkapazität an Schulen und Schulräumen entstehen könnte. An dieser Stelle fragen wir uns allerdings, wer in unserem Stadtteil, dem Kaßberg, ernsthaft eine Schule außerhalb der Stadt Chemnitz in Erwägung zieht. Dies dürfte sich auch zukünftig kaum ändern.

Desweiteren führen Sie aus, das laut Kultusministerium generell für Kombinationen von Grundschule und Mittelschule in einem Objekt zuwenig Raumkapazitäten vorhanden wären. Hier muß ein ganz grundlegender Verständnisfehler vorliegen, denn eine solche Aussage ist im Bescheid des Ministeriums nirgendwo enthalten; es wird lediglich eine ausreichende Raumausstattung speziell für die Mittelschulen gefordert. Eine solche Aussage wäre auch an sich unsinnig, da außer einigen verschiedenen Typen von Plattenbauschulen – die aus u.a. politischen Gründen zu einem ansehnlichen Teil bereits aufgegeben wurden – die Schulen mit sehr unterschiedlichen Raumkapazitäten ausgestattet sind. Hier muß im Einzelfall geprüft werden. Aus unserer Erfahrung aus der Schulnetzplanung sind uns keine Bedenken bezüglich des Betriebes einer Mittelschule im Objekt Altendorfer Schule bekannt.

Absender:
Der Elternrat der Pablo-Neruda-Grundschule

Vorsitzender: Jonas Lange, Agricolastr. 73, 09112 Chemnitz

An: siehe Verteiler

Chemnitz, 10. Mai 2004
Verteiler: OB Dr. Peter Seifert,
Stadtratsfraktionen,
RSA, SVA, KER-C
Presse
SMK

Betreff: Fragen und Richtigstellungen zu Antwortschreiben an Eltern der Schule

An dieser Stelle kommt ein großer inhaltlicher Bruch in Ihrem Text. Vollkommen übergangslos teilen Sie anschließend mit, daß Sie „deshalb“ (weshalb denn eigentlich? – das steht nicht in dem Brief) die Mittelschule Altendorf zur Aufhebung vorgeschlagen haben. Es ist kein Zusammenhang mit dem vorher Gesagten erkennbar. Es wird auch keineswegs auf die in der Schulnetzplanung möglichen unterschiedlichen Varianten zur Lösung dieses Problems eingegangen. Wir wollen Ihnen nun nicht direkte Täuschung der Eltern/Wähler vorwerfen; denkwürdig ist dieser Absatz allerdings. Hier ist ein Bedarf zur Klarstellung unübersehbar.

Sie schreiben weiter, daß der Standort Altendorf als reine Grundschule ausgebaut und dadurch erhalten werden soll. Wiederum fehlt eine Begründung für dieses abwegige Vorhaben. Wir haben auch bislang nicht herausfinden können, wo die finanziellen Mittel für einen derart grundlegenden Umbau des Objektes herkommen sollen.

Sie führen dann aus, daß der Schulträger zu wirtschaftlich effektiver Nutzung der Schulgebäude angehalten ist. Das stimmt erst einmal, ist aber als Aussage so allgemein, daß es in der betroffenen Problematik so gut wie gar nichts besagt. Desweiteren schließen sie aus der Möglichkeit, in das Objekt Altendorfer Schule eine vierzügige Grundschule unterzubringen, daß kein Öffentliches Bedürfnis mehr für den Betrieb der Neruda-GS vorhanden wäre. Diese Aussage ist schlicht und einfach falsch! Es stimmt nicht, daß das öffentliche Bedürfnis zum Betrieb einer Schule allein deswegen erlischt, wenn die Schüler von einer umgebauten Nachbarschule aufgenommen werden könnten. In dem Fall wären wir sicherlich schon längst bei der „Chemnitzer Zentralschule“, wie ein Printmedium vor einiger Zeit scherzhaft formulierte, angekommen.

Im Stadtteil Kaßberg besteht sehr wohl ein öffentliches Bedürfnis für den Betrieb zweier Grundschulen. Die Grimmgrundschule arbeitet schon längere Zeit zumindest am Rande ihrer Kapazität, und aus der bekannten positiven Entwicklung der Geburten- und Schülerzahlen ergibt sich der ganz klare Bedarf nach einer weiteren zweizügigen Grundschule. Bereits in diesem Jahr werden wieder zwei Klassen gebildet werden können! Eine einzügige Grundschule wäre allein schon vollkommen vereinbar mit dem sächsischen Schulrecht; eine Grundschule mit zwei Zügen ist es auf jeden Fall. In dieser klaren Situation das öffentliche Bedürfnis für den Schulerhalt einfach zu bestreiten, stellt eine grobe Entstellung der bestehenden Tatsachen dar.

Nachdem der Kaßberg als Zone 30 verkehrsberuhigt wurde, was die Eltern sehr begrüßt haben, sollen nun die Kinder einen ewig langen Schulweg aus dem sicheren Bereich heraus auf sich nehmen! Hier wußte offensichtlich wieder einmal die rechte Hand nicht, was die linke tat.

Auch zur Kosteneffektivität müssen wir eine Richtigstellung vornehmen: In einem Gespräch zwischen Frau Knorr (SPD) und dem damaligen Vorsitzenden des KER-C wurde von Frau Knorr die dem Schulausschuss vorliegenden Informationsmaterialien zu notwendigen Baumaßnahmen vorgelegt. Aus diesen ergab sich, daß die zum Umbau des Objektes Altendorfer Schule zu einer Grundschulkaserne notwendigen Maßnahmen weit höhere Kosten verursachen als die noch ausstehenden Sanierungskosten von Flemmingschule und Neruda-Grundschule zusammen!

An dieser Stelle ist auf ein Versäumnis des Stadtrates hinzuweisen: Der Stadtrat hatte vor Jahren beschlossen, für den Erhalt Altendorfer Grundschule im Bedarfsfall die Schülerzahlen durch Umorganisation der Schulbezirke zuungunsten der Neruda-Grundschule sowie der Luisenschule aufzufüllen. Dieser Bedarfsfall wurde im Jahr 2000 gesehen und ein entsprechender Beschluß gefaßt. Da sich nunmehr das Blatt erfreulicherweise gewendet hat und der Bestand der GS Altendorf keineswegs länger gefährdet ist, ist mittlerweile der Grund für den damaligen Beschluß entfallen und die Schulbezirksänderung hätte schon länger rückgängig gemacht werden können.

Durch eine solche Änderung könnte auch einer weiteren Forderung, nämlich der nach der Durchsetzung der geforderten durchschnittlichen Klassengrößen Sorge getragen werden. Diese Forderung widerspricht zwar den von der Regierungspartei letztes Jahr gemachten Versprechungen gegenüber den Elternvertretern, ist aber leider immer noch durch die nicht den getätigten Abmachungen angepaßte Verordnung zur Gruppenbildung geltendes Recht.

Sie schließen Ihren Brief ab mit folgender denkwürdigen Formulierung: „Vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln soll das Objekt der Grund- und Mittelschule Altendorf saniert werden und erst danach die

Absender:
Der Elternrat der Pablo-Neruda-Grundschule

Vorsitzender: Jonas Lange, Agricolastr. 73, 09112 Chemnitz

An: siehe Verteiler

Chemnitz, 10. Mai 2004
Verteiler: OB Dr. Peter Seifert,
Stadtratsfraktionen,
RSA, SVA, KER-C
Presse
SMK

Betreff: Fragen und Richtigstellungen zu Antwortschreiben an Eltern der Schule

Zusammenführung der Grundschule Altendorf und der P.-Neruda-Grundschule im Objekt Altendorf erfolgen.“ Es ist schon so, daß dieser Satz für den unbedarften Leser den Eindruck erweckt, daß:

1. Sowohl Grund- als auch Mittelschule Altendorf saniert werden sollen, und
2. erst danach die Pablo-Neruda-Grundschule – wie sie ausgeschrieben heißt – im wörtlichen Sinne plattgemacht werden soll.

Sie haben allerdings in diesem Zusammenhang vermutlich übersehen, daß wir schon einige Schreiben von Ihrem oder anderen Ämtern erhalten haben. Die gemachten Erfahrungen haben uns gelehrt, Texte sehr genau zu lesen. Dabei fällt dann auf, daß es nicht klar ist, worauf sich die Einleitung „vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln“ bezieht. Es gibt hier zwei sehr unterschiedliche Lesarten des gewählten Wortlauts:

1. „Vorbehaltlich“ bezieht sich auf die Schließung. Eine mögliche Deutung wäre, daß ohne vorherige Sanierung der Stadtteil Kaßberg weiterhin über die zwei benötigten Grundschulen verfügen wird. In dieser Weise hat sich unseres Wissens auch das Schulverwaltungsamt positioniert. Leider ist es das aber vermutlich nicht, was Sie uns sagen wollen, denn in dem Fall müßten in irgendeiner Form Anstrengungen zur Aufstellung eines entsprechenden Budgets erkennbar sein. Und das ist unseres Wissens in keiner Weise der Fall. Deshalb wird ist die zweite Möglichkeit erheblich wahrscheinlicher.
2. „Vorbehaltlich“ bezieht sich auf die Sanierung. Im Klartext würde das bedeuten, daß insofern nicht ein großes Wunder geschieht und ein Eurobetrag im Millionenbereich überraschend auftaucht, fast die Hälfte der Kinder des Kaßbergs in eine unsanierte und in ihrem gegenwärtigen Zustand absolut inakzeptable Grundschule Altendorf umziehen müßten!

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Texten aus Ihrem Hause halten wir es für wenig glaubhaft, daß diese schwammige Formulierung das Produkt eines schlampigen Autors ist. Man muß davon ausgehen, daß die Wortwahl ganz bewußt gewählt wurde. Möglicherweise wagt man nicht, vor den Kommunalwahlen die bestehenden Absichten klar zu benennen. Immerhin gibt es seit Monaten kaum noch klare Aussagen darüber, was aus den betroffenen Schulen werden soll. Ein Schelm, wer Übles dabei denkt!

Soweit zum vorliegenden Text, der uns alles andere als erfreut hat. Wir halten es für notwendig, hier auch noch auf einige grundsätzliche Fragen und außerdem die denkwürdige Vorgeschichte der Schulnetzplanung in dieser Legislaturperiode einzugehen.

Sie möchten den Standort Altendorf – so schrieben Sie – als vierzügige Grundschule erhalten. Wir wollen ebenfalls den Standort erhalten, aber wir brauchen eine vom Stadtteil Kaßberg aus erreichbare Mittelschule! Der Stadtteil hat mit der Pablo-Neruda-Mittelschule, die politischen Fehlern der Vergangenheit zum Opfer gefallen ist, die letzte Mittelschule verloren. Die Eltern der Pablo-Neruda-Schulen haben sich, im Vertrauen auf Verlässlichkeit und ethische Integrität des Stadtrates, schweren Herzens von der Mittelschule getrennt und einer Schließung der Schule zugunsten der Altendorfer Mittelschule zugestimmt. Wenn jetzt, noch keine Wahlperiode danach, dieser Standort ebenfalls in Frage gestellt wird, fühlen wir uns in schwerster Weise hintergangen und getäuscht! Es ging bei der Schulnetzplanung des KER-C gerade um ein ausgewogenes und auf lange Zeit angelegtes Schulnetz.

Was uns dann vollends die Zornesröte ins Gesicht treibt, ist die unverfrorene Kaltschnäuzigkeit, mit der die Eltern in die Irre geführt werden sollen. Es wird hier der Eindruck erweckt, daß es im Stadtteil West nur eine Lösungsmöglichkeit gibt. Wir wissen aber – direkt von den Mitgliedern des Schulausschusses der Stadtratsfraktionen – daß insgesamt fünf verschiedene Möglichkeiten diskutiert werden. Die hier ins Auge gefaßte Variante ist von allen insgesamt die schlechteste. Diese Variante wird von uns und wurde auch vom Vorstand des KER-C ganz klar abgelehnt.

Die Stadt Chemnitz und die Stadtratsfraktionen haben außerdem den Kreiselternrat in keiner Weise dabei unterstützt, die Möglichkeiten des geänderten Schulgesetzes einzufordern. Es werden insgesamt fünf verschiedene Ausnahmetatbestände aufgeführt, die eine vernünftige Schulnetzpolitik bei wohlwollender Anwendung ermöglichen könnten! Erinnert sei hier z.B. an den Offenen Brief des KER-C vom 22.09.2003: Hier haben wir nur von einer Partei eine vernünftige Antwort erhalten. Von den restlichen Parteien und Stellen erhielten wir entweder gar keine oder nur völlig unzureichende Antworten. Ein Schulauschußmitglied schrieb uns sogar, daß der Gesetzestext nicht bekannt wäre!

Absender:
Der Elternrat der Pablo-Neruda-Grundschule

Vorsitzender: Jonas Lange, Agricolastr. 73, 09112 Chemnitz

An: siehe Verteiler

Chemnitz, 10. Mai 2004
Verteiler: OB Dr. Peter Seifert,
Stadtratsfraktionen,
RSA, SVA, KER-C
Presse
SMK

Betreff: Fragen und Richtigstellungen zu Antwortschreiben an Eltern der Schule

Wir müssen außerdem verurteilen, daß in der Sache in keiner ernsthaften Weise eine demokratische Auseinandersetzung mit der Elternvertretung gesucht wurde. Es gab lediglich eine Informationsveranstaltung des Schulverwaltungsamtes, die im letzten November stattfand und ausdrücklich nicht als inhaltliche Auseinandersetzung mit den Interessen der Eltern bzw. Kinder dargestellt wurde. Das konnte vom Schulverwaltungsamt auch keinesfalls geleistet werden, da das Amt nicht politischer Entscheidungsträger der Stadt ist. An dieser Veranstaltung nahmen Vertreter der MS und GS Altendorf, der Flemmingschule sowie der Pablo-Neruda-Grundschule teil. Die vorgeschlagene Variante wurde dabei lediglich von den Vertretern der Flemming-MS gutgeheißen, von allen anderen Anwesenden aber scharf kritisiert und abgelehnt.

Dem Vorstand des Kreiselternrates wurde dann anfang 2004 während eines Gespräches im Rathaus versucht einzureden, daß die Vertreter der betroffenen Schulen den Sachverhalt „eingesehen“ hätten. An dieser Stelle fehlen uns schlicht und einfach die Worte. Wir müssen feststellen, daß der Umgang mit den Elternvertretern und der Wahrheit in unserer Stadt einer grundlegenden Korrektur bedarf.

Völlig unverständlich ist die Positionierung des Stadtrates zum Schulnetz. Wir erinnern uns sehr genau, wie im Jahr 2000 versucht wurde, die Eltern vollständig zu umgehen und unter dem fragwürdigen Argument „es geht nunmal nicht anders“ das Schulnetz zusammengestrichen werden sollte. Als die Eltern dagegen vorgingen und ein Bürgerbegehren starteten, war unser Verhalten „rechtswidrig“. Erst als eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung unverkennbar wurde, gab man diese plumpe Argumentation auf. Nunmehr wartete man darauf, daß die gesammelten Stimmen nicht reichen würden. Auch dies funktionierte nicht – über 18.000 Stimmen wurden abgegeben und unter den staunenden Augen der Vertreter der Stadt gezählt.

Aber auch an dieser Stelle dachte man nicht daran, uns Recht zu geben. Es mußte eine neue Argumentation gefunden werden: Der Kreiselternrat erhielt ein Schreiben, in dem das Bürgerbegehren für rechtswidrig erklärt wurde, weil eine Umsetzung finanzielle Konsequenzen gehabt und damit in die Haushaltshoheit des Stadtrates eingegriffen hätte. Damals faßten sich viele an den Kopf, sahen sie doch damit die Volksgesetzgebung ausgehöhlt und ignoriert. Denn jeder politische Beschluß zieht irgendwelche finanzielle Folgen nach sich, und seien es nur Papier und Briefmarken, um ihn bekannt zu machen!

Zu diesem Zeitpunkt haben wir aus verschiedenen Erwägungen gezögert, das Bürgerbegehren rechtlich durchzusetzen, sind wir doch nicht die Vertreter der deutschen Hochfinanz, sondern schlicht Elternvertreter. Das heißt aber keineswegs, daß die Argumentation der Stadt richtig gewesen wäre. Die Entscheidungen für das ganz ähnlich formulierte Bürgerbegehren in Leipzig, das als für rechtens aber nicht mehr umsetzbar geurteilt wurde, und vor allem die Entscheidung des Sächsischen Verfassungsgerichtes für das Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ zeigen ganz deutlich, daß die Argumentation der Stadt Chemnitz auf tönernen Füßen stand! Auch das Volksbegehren wurde vordem allein schon deswegen für rechtswidrig gehalten, weil seine Umsetzung einiges Geld gekostet hätte.

Der Stadtrat hat sich schlußendlich dem öffentlichen Druck gebeugt und einen Schulnetzplan beschlossen, der weitgehend dem des Kreiselternrates entsprach. Es wurde allseits Besserung gelobt und endlich – wenn auch in geheimer Abstimmung mit mehreren Durchgängen – ein Vertreter des KER-C in den Schulausschuß gewählt.

Man muß schon sagen, daß das kein Ruhmesblatt in der Geschichte der politischen Kultur von Chemnitz darstellt und die großen Stadtratsfraktionen nicht eben im positivsten Licht erscheinen läßt.

Um so erschütternder ist es, daß genau wie im Jahr 2000 wieder Schulpolitik ohne die Eltern gemacht werden soll! Es liegt der Schluß nahe, daß der Chemnitzer Schulkompromiß nur ungefähr so lange hielt, wie das Bürgerbegehren einklagbar gewesen wäre.

Wieder werden Gespräche nicht geführt und Argumente ignoriert. Es werden Dinge behauptet, die nicht gesagt wurden. Es erfolgt, wie im Falle Neubauer-Mittelschule – ein Schließungsbeschluß ohne daß vorher wie im Gesetz vorgeschrieben die Schulkonferenz dazu getagt hätte. Wer handelt denn hier rechtswidrig?

Absender:
Der Elternrat der Pablo-Neruda-Grundschule

Vorsitzender: Jonas Lange, Agricolastr. 73, 09112 Chemnitz

An: siehe Verteiler

Chemnitz, 10. Mai 2004
Verteiler: OB Dr. Peter Seifert,
Stadtratsfraktionen,
RSA, SVA, KER-C
Presse
SMK

Betreff: Fragen und Richtigstellungen zu Antwortschreiben an Eltern der Schule

Um das Maß voll zu machen, soll der Kreiselternrat zur Neubauer-Schule gehört werden, nachdem die Schließung schon beschlossen wurde. Ausgerechnet vom Regionalschulamt, einer Behörde, die überhaupt nicht zum Schulnetz beschlußfähig ist? Nennen Sie das Bürgerbeteiligung? Nennen Sie das Elternmitwirkung?

Im Westteil der Stadt wartet man offenbar derweil ab, daß die Wahlen vorübergehen und man richtig loslegen kann. Was Sie vorhaben, Herr Oberbürgermeister, haben Sie uns, auch wenn Sie keine ernsthaften Gründe dafür anführen können oder wollen, deutlich geschrieben. Die Eltern wurden bislang nicht eingebunden bzw., soweit sie sich selbst gemeldet haben, ihre Argumente nicht beantwortet und einfach ignoriert. Mehrfach wurde darüber geklagt, daß die verantwortlichen Politiker aus dem Schulausschuss in Gesprächen auf kein einziges Argument eingegangen wären. Später verkündeten dieselben Politiker „die Eltern haben es eingesehen“. Geht der Schulausschuss so mit unseren Meinungen um?

Vor allem müssen sich hier auch die Parteien des Stadtrates fragen lassen, wie sie sich Zusammenarbeit und Schulpolitik in Zukunft vorstellen. Sie halten derzeit viele Reden über Bürgerbeteiligung und Demokratie und dergleichen. Hier wäre es wirklich angemessen, den Worten auch Taten folgen zu lassen! Müssen die Eltern regelmäßig alle zwei Jahre ein neues Bürgerbegehren vorlegen? Müssen wir unsere Rechte, wie das auf Anhörung, einzeln einklagen?

Und wir wollen jetzt wissen, was hier geschehen soll, nicht erst nach der Kommunalwahl. Wir erwarten umgehend eine lückenlose Aufklärung der geplanten Vorhaben! Wir erwarten ein gründliche Offenlegung der Gründe für geplante Entscheidungen!

Eine Argumentation, die auf derzeitigen Finanznöten basiert, können und werden wir uns nicht anschließen. Es war spätestens seit dem Schulkompromiß bekannt, daß für die Umsetzung des Schulkompromisses entsprechende Finanzmittel benötigt werden würden. Wenn zwischenzeitlich eine verfehlte Haushaltspolitik geherrscht hat, wie Kommunalpolitiker hier und dort behaupten, kann eine Lösung nicht im Abbau des Schulnetzes gesucht werden.

Nachdem wir unsere Schwierigkeiten, die wir mit der derzeitigen Schulpolitik in Chemnitz haben, ausführlich dargelegt haben, werden Sie uns sicherlich nicht lange auf eine Antwort warten lassen. Wir erwarten gespannt auf den Ausgang der Gespräche mit dem Kreiselternrat in den nächsten Tagen.

Mit freundlichen Grüßen,

der Elternrat der Pablo-Neruda-Grundschule

Jonas Lange
Vorsitzender

Kathrin Eimicke
Stellv. Vorsitzende

Anett Krüger
Elternsprecher Kl.3